

Kurz berichtet

Hochgelobtes Bahnprojekt in Gefahr, weil Hersteller Bombardier Züge zu spät liefert

BERLIN (dot/sz) - Ein hochgelobtes Pilotprojekt Baden-Württembergs ist in Gefahr: Eigentlich sollten die privaten Bahnbetreiber Abellio Rail und Go-Ahead ab Juni die drei zentralen Stuttgarter Netze vom Ex-Monopolisten DB übernehmen. Doch es gibt massive Probleme. Der Hersteller Bombardier kann nicht genügend Züge für das Vorhaben liefern. Sauer darüber ist Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), der die Voraussetzungen für das Projekt geschaffen hatte. „Wir hatten im System viele Zeitpuffer eingebaut. Bombardier hat uns falsch informiert, denn sie meinten, liefern zu können. Das Ganze ist ärgerlich“, sagte Hermann am Mittwoch in Berlin.



Verkehrsminister Winfried Hermann. FOTO: DPA

Stuttgart nach Heidelberg sowie von Stuttgart nach Bruchsal fahren. Insgesamt übernimmt die Tochter der niederländischen Staatsbahn sechs Regionallinien des Stuttgarter Netzes von der DB.

Bei der Opposition sorgt die Verspätung für heftige Kritik an Verkehrsminister Hermann. „So blauäugig darf ein Verkehrsminister beim besten Willen nicht agieren“, teilte der Ulmer Landtagsabgeordnete Martin Rivoir mit, der für die SPD im Verkehrsausschuss sitzt. Rivoir warf dem Minister vor, Bombardier nicht „engmaschig“ genug kontrolliert zu haben – zumal, so Rivoir, „wenn alleseits bekannt ist, dass Bombardier nicht immer ein zuverlässiger Partner ist.“ Die Landtagsfraktionen von SPD und FDP/DVP hätten eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses beantragt, um dem Thema auf den Grund zu gehen.

Solange Bombardier noch nicht genügend Züge geliefert hat, wird der künftige Netzbetreiber Abellio die Bahnen der DB und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG), deren Eigentümer die Stadt Karlsruhe ist, mitnutzen, sagte Verkehrsminister Hermann am Mittwoch.

Nur zehn von 16 zugesagten Regionalzügen kann der kanadische Hersteller bis zum Sommer auf die Strecke bringen. Grund für die Verzögerung: Die Software, die bei den Talent-3-Bahnen eingesetzt werden soll, hat Mängel. Sie sind so massiv, dass das Eisenbahnbundesamt die Züge nicht genehmigen konnte. Bereits ab 9. Juni sollen die ersten Bahnen betrieben durch Abellio auf den Regionallinien von

CDU-Fraktion stellt Plan gegen Funklöcher vor

RAVENSBURG (sz) - Die CDU-Landtagsfraktion hat einen Dreipunkteplan beschlossen, mit dem Funklöcher im ländlichen Raum geschlossen werden sollen. Das teilten die CDU-Landtagsabgeordneten Raimund Haser aus Wangen und August Schuler aus Ravensburg in einer Pressemeldung mit. Erstens fordert die CDU-Fraktion ein stärkeres Infrastruktur-Sharing, also eine gemeinsame Nutzung bestehender Mobilfunkmasten durch mehrere Netzanbieter. Zweitens soll dort, wo dies nicht ausreicht, lokales Roaming verpflichtend werden: Mobilfunkgeräte würden sich automatisch mit dem besten verfügbaren Netz verbinden. Drittens soll nach dem Willen der CDU-Landtagsabgeordneten der Bund aufgefordert werden, eine Mobilfunkstrategie zu starten, falls die anderen beiden Maßnahmen nicht greifen sollten. Der Plan sei ein „ausgewogener Dreiklang aus privatwirtschaftlicher Eigenverantwortung, rechtlicher Verpflichtung sowie staatlicher Verantwortungsübernahme“, heißt es in der Mitteilung von Haser und Schuler.

Basel ruft Klimanotstand aus

BASEL (dpa) - Auf Initiative der seit Monaten für mehr Klimaschutz streikenden Schüler hat das Parlament der Grenzstadt Basel als erste Schweizer Stadt den Klimanotstand ausgerufen. Im Großen Rat stimmten am Mittwoch 71 Abgeordnete dafür, 17 dagegen, dem Thema Klimaschutz bei Entscheidungen mehr Priorität einzuräumen. Nur die rechte SVP war dagegen. Die Resolution hat keine Auswirkungen, der Begriff „Notstand“ sei nicht im juristischen Sinne gemeint, betonten Politiker. Sie hat aber symbolischen Wert. Zuvor hatten Städte wie Los Angeles in den USA, Vancouver in Kanada und London ähnliche Resolutionen verabschiedet.

Strobl will mehr Flexibilität bei Abschiebungen

STUTTGART (lsw) - Für Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU) gehen die Pläne des Bundesinnenministeriums für leichtere Abschiebungen nicht weit genug. Er hätte sich vor allem beim kurzzeitigen Festhalten ausreisepflichtiger Asylbewerber noch mehr Flexibilität gewünscht, um zumindest das Festhalten über Nacht zu ermöglichen, sagte Strobl im Landtag. Das würde den Abschiebevorgang für alle Beteiligten entzerren. Damit ließe sich die Abholung aus der Schule häufiger vermeiden.

Land beschäftigt zu wenig Schwerbehinderte

STUTTGART (lsw) - Das Land Baden-Württemberg hat 2017 zu wenig Schwerbehinderte beschäftigt – und muss rund 1,18 Millionen Euro bezahlen. Das sagte am Mittwoch eine Sprecherin des Sozialministeriums. Zuvor hatten „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ berichtet. Die sogenannte Ausgleichsabgabe an das Integrationsamt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales wird fällig, weil das Land im Schnitt 4,6 Prozent der Arbeitsplätze an schwerbehinderte Menschen vergeben hat. Vorgeschrieben sind bei einem Arbeitgeber mit 20 und mehr Beschäftigten mindestens fünf Prozent.

Räppler wird erneut nicht zum Schriftführer gewählt

STUTTGART (lsw) - Der umstrittene AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räppler ist zum zweiten Mal bei der Wahl zum Schriftführer im Landtag gescheitert – mit einem noch schlechteren Ergebnis als bei der ersten Wahl. 119 Abgeordnete stimmten am Mittwoch gegen ihn, nur 14 für ihn, wie Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) verkündete. Damit entschieden sich nicht einmal alle Abgeordnete seiner eigenen Fraktion für Räppler – die AfD hat 20 Mandate.

Betreuung und Ganzttag stehen zur Wahl

Kultusministerin will beide Angebote an derselben Grundschule zulassen – Grüne wehren sich

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Zum Schuljahr 2020/2021 will sich das Land wieder an den Kosten für die Betreuung von Grundschulkindern beteiligen. Das steht in einem Entwurf des Kultusministeriums, der der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt. Eltern und Kommunen im Land dürfte das freuen. Ein Konflikt mit dem Koalitionspartner bleibt: Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) will an derselben Grundschule Ganzttag und Betreuung bezuschussen. Die Grünen lehnen dies ab.

Über Jahrzehnte sind im Land unterschiedlichste Ganztagsangebote entstanden – an allen Schularten. Die grün-rote Landesregierung hat zum Schuljahr 2014/2015 ein einheitliches Konzept für Grundschulen eingeführt. Es sieht vor, dass Schüler an drei oder vier Tagen pro Woche eine Stunde oder acht Stunden Unterricht haben. Der Tag soll pädagogisch sinnvoll strukturiert sein, Lernen und Entspannung – etwa durch Sport – sollen sich abwechseln. Dafür kooperieren die Schulen auch mit Vereinen vor Ort. Bis 2023 sollten 70 Prozent der Grundschulen auf den Ganzttag umstellen. Als Anreiz hat sich das Land zugleich davon verabschiedet, neue Betreuungsgruppen an Grundschulen mitzufinanzieren. Nur solche Angebote, die es bereits im Schuljahr 2014/2015 gab, hatten Bestandsschutz.

Die Realität sieht anders aus. Im Schuljahr 2018/2019 gab es laut Kultusministerium nur an 450 öffentlichen Grundschulen (19 Prozent) ein Ganztagsangebot. Fast alle Schulen bieten parallel weiter den Halbttag an. Bis zu 45 Prozent aller Grundschüler im Südwesen nutzen indes Betreuungsangebote, die es schon vor 2015 gab und die das Land mit 77 Millionen Euro bezuschusst. In einer aktuellen Erhebung kommunaler Spitzenverbände ist von einer Quote von bis zu 50 Prozent die Rede, wie Bildungsdezernent Norbert Brugger vom Städtetag auf Nachfrage erklärt. Getragen werden die neueren Angebote von den Kommunen sowie von Gebühren, die die Eltern zahlen. Wie teuer die Betreuung ist, hängt also stark von der jeweiligen Kommune ab.

Städtetag fordert mehr Geld

Diese sowie neue Betreuungsgruppen will das Land künftig auch fördern. In ihrem Entwurf geht Eisenmann von 20 bis 25 Millionen Euro zusätzlich aus. Als Grundlage für die Prognose dienten Bayern und Hessen mit Betreuungsquoten von 65 und 70 Prozent. Für Brugger steht fest: Die geplanten Mittel reichen nicht. „Es fehlt die Anpassung der Fördersätze.“ Seit dem Jahr 2000 habe sich daran nichts geändert. Nach seinen Berechnungen wären weitere 40 Millionen Euro jährlich erforderlich, um gestiegene Personalkosten aufzufangen. „Das Land spart derzeit sehr viel Geld, weil sein Ganztagsangebot



Hausaufgabenbetreuung nach Unterrichtsende: An vielen Orten müssen Kommunen – und Eltern – solche Angebote ohne Geld vom Land finanzieren. FOTO: DPA

nicht fruchtet“, betont er. Statt 150 Millionen Euro jährlich bis 2023 zahlt das Land für die Ganztagschulen aktuell 40 Millionen Euro pro Jahr, bestätigt eine Sprecherin von Ministerin Eisenmann. Würde das Land die Fördersätze anpassen, müssten die Eltern weniger zahlen.

Erfreut zeigt sich Brugger darüber, dass Eisenmann für jedes betreute Kind eine Pauschale zahlen möchte. „Wir wollten die Kommunen durch ein einfacheres Fördersystem entlasten, da das bisher zu kompliziert und aufwendig ist“, sagt die Ministerin auf Anfrage. Der Verwaltungsaufwand sei immens, Kosten könnten eingespart werden, erklärte auch der Normenkontrollrat des Landes im ersten Empfehlungsbericht im Dezember.

Kommunen und Eltern dürften erleichtert sein, dass das Land sich wieder in der Schülerbetreuung engagiert. 2016 und 2017 hatte Eisenmann alle betroffenen Gruppen zu Gipfeln geladen, um über die Weiterentwicklung des Ganztags zu sprechen. Der Ruf nach Landesgeld für die flexiblere Betreuung war unüberhörbar. Laut einer Studie von 2016 wünschen sich

nur 27 Prozent der Eltern im Land ein verpflichtendes Ganztagsangebot.

Eisenmann wolle ihre Vorlage zügig ins Kabinett einbringen, sagt ihre Sprecherin. „Allerdings müssen die politischen Beratungen erst abgewartet werden.“ Das könnte schwierig werden. Mit den Grünen gibt es einen „offenen Dissens“, wie Bildungsexpertin Sandra Boser sagt. In der Vorlage steht, „dass an Ganztagsstandorten (...) zugleich ein vom Land bezuschusstes flexibles Betreuungsangebot bestehen kann.“ Für Eisenmann ist klar: „Ganztagschule und Betreuung sollen sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern sich vielmehr ergänzen.“

Die Grünen sehen das anders. „Da dies aufgrund des hohen organisatorischen Aufwands zu Lasten der Qualität gehen kann und dies nur bei großen Schulen überhaupt umsetzbar ist, sehen wir dies kritisch“, sagt Boser. Sie verweist auf den Koalitionsvertrag. Darin heißt es, das Land beteiligt sich wieder an denjenigen Grundschulen an der Betreuung, die kein Ganztagsangebot haben. „In erster Linie muss es darum gehen, dass Eltern

Kommentar

Von Kara Ballarin



Realität schlägt beste Ideen

Die grün-rote Landesregierung hatte ein gutes Ziel: Grundschüler sollen einen abwechslungsreichen Ganztagsunterricht haben, in den auch Sport und Musik integriert sind. Und wenn sie nach Hause kommen, haben sie bereits die Hausaufgaben erledigt. Die Eltern wissen derweil ihre Kinder gut, nämlich pädagogisch betreut. Und damit möglichst viele Grundschulen auf Ganzttag umstellen, hat sich das Land aus der Finanzierung neuer Betreuungsgruppen verabschiedet.

Die Idee war gut und wird von knapp 20 Prozent der Eltern gern angenommen. Aber eben nur von knapp 20 Prozent. Bis 2023 sollten es 70 Prozent sein. Höchste Zeit, dass Kultusministerin Susanne Eisenmann nun nachsteuert und wieder Betreuungsangebote fördern will. Die Eltern im Land sollten endlich das Betreuungsangebot für ihr Kind bekommen, das sie für richtig halten.

k.ballarin@schwaebische.de

Baden-Württemberg zeigt Bayern, wie Artenschutz geht

Viele der Forderungen im bayerischen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ sind im Nachbarland schon umgesetzt

Von Kara Ballarin

STUTTGART - „Rettet die Bienen“: Unter dieser griffigen Überschrift hat es ein breites Bündnis in Bayern geschafft, Druck auf die Landesregierung aus CSU und Freien Wählern zu machen: mit einem äußerst erfolgreichen Volksbegehren für mehr Artenschutz. In Stuttgart hat der Landtag am Mittwoch über das Volksbegehren der Nachbarn debattiert. Breiter Konsens: Viele Forderungen aus dem bayerischen Volksbegehren werden in Baden-Württemberg bereits umgesetzt. Ein Vergleich:



Ein Beispiel für Baden-Württembergs Vorsprung in Sachen Bienenchutz: Blühwiesen dürfen schon heute nicht in Ackerland umgewandelt werden. FOTO: DPA

• **Biotopeverbände schaffen**  
Eine Forderung des bayerischen Volksbegehrens ist es, einzelne Lebensräume für Tiere zu vernetzen. Im Südwesen gibt es eine solche Biotopeverbundstrategie schon. „Hier stehen wir noch ganz am Anfang“, bemängelt allerdings der Nabu-Landesvorsitzende Johannes Enssle.

• **Nachhaltige Ausbildung**  
In Bayern sollen Schüler – und explizit Landwirte – mehr Wissen über Artenvielfalt vermittelt bekommen. So heißt es im Volksbegehren. In den

seit 2016 geltenden Bildungsplänen in Baden-Württemberg gibt es die fächerübergreifende Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Dass der Naturschutz eine Aufgabe für Erziehung, Bildung und Forschung ist, regelt zudem das Naturschutzgesetz des Landes.

• **Mehr Transparenz**  
Die Bayern fordern von ihrer Regierung einen jährlichen Bericht, wie die Ziele des Naturschutzgesetzes umgesetzt wurden. Seit 2015 gibt es diese Pflicht bereits für den Südwes-Umweltminister.

• **Mehr Öko, mehr Bio**  
In Bayern werden aktuell zehn Prozent der Ackerflächen ökologisch bewirtschaftet. Die Quote soll bis 2030 auf 30 Prozent steigen, so die Forderung. Genau diesen Wert hat Südwes-Agrarminister Peter Hauk (CDU) jüngst als Ziel ausgegeben – derzeit liegt die Quote bei zwölf Prozent.

• **Mehr Blühwiesen**  
Zehn Prozent des Grünlands in Bayern sollen Blühwiesen werden. In Baden-Württemberg gibt es bereits ein Umbruchverbot für Grünland: Was

Wiese war, darf nicht in Ackerland umgewandelt werden. Die BUND-Landesvorsitzende Brigitte Dahlben der mahnt indes mehr Kontrollen an. „Bisher wird zu wenig kontrolliert, ob die Gesetze und Vorschriften auch eingehalten werden.“

• **Weniger Pestizide**  
Das Volksbegehren in Bayern fordert weniger Einsatz von Pestiziden. Im Südwesen sind Pflanzenschutzmittel in bestimmten Gebieten bereits verboten – etwa am Rand von Gewässern oder in Biosphärengebieten. Südwes-Agrarminister Hauk hat zudem vor einem Jahr eine Strategie zur Reduktion von Pestiziden angekündigt. Nabu und BUND fordern lange schon mehr Informationen darüber, wie viele Pestizide ausgebracht werden. Hauk ist dagegen. Nabu-Chef Enssle mahnt eine Halbierung bis 2025 an.

Nabu-Chef Enssle lobt, dass im Südwesen die Mittel für den Naturschutz seit Regierungsbeteiligung der Grünen 2011 gestiegen sind – von 30 auf 60 Millionen. Das Budget soll laut Regierungsfractionen um 30 Millionen steigen. „Es muss noch mehr geschehen“, betont Enssle.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945  
Erscheinungsweise: Wochentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lorchingen, Laupheim, Leutkirch, Ludau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.  
Redaktion  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser  
Politik: Claudia Kling, Wirtschaft: Benjamin Wagener, Journal/Kultur: Barbara Müller, Sport: Filippo Cataldo, Beilagen/Wochenende: Dirk Ullrich, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16  
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf  
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz  
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub  
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.  
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg  
Telefon 0715 / 2955-0, Telefax 0715 / 2955-991499  
Anzeigen Telefax 0715 / 2955-991139  
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil  
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz  
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokaldirektionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.  
Abonnenten-Service: Telefon: 0715 / 29 555 555  
Telefax: 0715 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwaebische.de  
E-Mail: redaktion@schwaebische.de